

Abonnementspreis für Nichtmitglieder 75 Pf. pro Quartal etc. Bestellsatz. Man abonniert bei allen Zeitungs-Redaktionen und Postanstalten, sowie in der Expedition.

Buchbinder-Zeitung.

Redaktion und Expedition: A. Dietrich, Stuttgart, Poststraße 30.

Inserate pro 4spaltige Zeile 20 Pf. für Verbandsangehörige 10 Pf. Preisnachlass in der Betrag in Briefmarken bezahligen, ansonsten ist abdruck unentgeltlich.

Organ des Verbandes der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 18.

Stuttgart, Sonnabend den 2. Mai 1896.

12. Jahrgang.

Bekanntmachung

zur außerordentlichen Urabstimmung.

Der Termin zur Vornahme der außerordentlichen Urabstimmung ist, laut Bekanntmachung des Landesverbandes in Nummer 14 des Organs, auf 16. Mai d. J. festgesetzt.

Die dieser außerordentlichen Abstimmung unterliegenden Anträge, welche spätestens bis 22. April einzulenden waren, sind nun in geordneter Reihenfolge von uns zusammengestellt worden und bringen wir dieselben untenstehend, der Bestimmung des § 27 des Statuts entsprechend, zur Veröffentlichung. Da nun hierdurch sämtliche Mitglieder Gelegenheit haben, die Anträge selber wie auch die im Organ zu denselben geäußerten Ansichten zu prüfen, so kann wohl angenommen werden, daß die Abstimmung überall rechtzeitig erfolgt und daß dabei von allen Mitgliedern das Beste für den Verband im Auge behalten wird.

Für die Abstimmung selber geben wir noch folgende Anleitung: Nach § 28 des Statuts hat die Abstimmung an den Mitgliedschaftsorten in einer genügend bekannt zu gebenden Mitgliederversammlung zu erfolgen, doch muß dieselbe in den einzelnen Mitgliedschaften nicht gleichzeitig stattfinden; es kann somit auch vor dem 16. Mai abgestimmt werden, eine Ueberschreitung dieses Termins ist aber nicht zulässig. Diejenigen Mitgliedschaften, welche die Abstimmung in ihrer ordentlichen Mitgliederversammlung nicht mehr vornehmen können, werden daher gut thun, zur Vornahme dieser außerordentlichen Urabstimmung eine außerordentliche Versammlung einzuberufen.

Die Abstimmung erfolgt durch Ausfüllung der vorliegenden Fragebogen.

Um diese Abstimmung, dem § 24 des Statuts entsprechend, zu einer wirklichen Urabstimmung zu gestalten, wird jedem Mitglied mit dieser Nummer der Zeitung zugleich ein solcher Fragebogen zugestellt, auf welchem die Anträge nochmals wörtlich vorgebracht und mit den entsprechenden Rubriken zur Beantwortung (Ja oder Nein) versehen sind.

An den Mitgliedschaftsorten hat die Abgabe dieser Fragebogen nur in einer Mitgliederversammlung zu erfolgen.

Die Anträge sind nur mit Ja oder Nein zu beantworten. Die Bevollmächtigten haben dafür zu sorgen, daß bei Abgabe der Fragebogen keine Unregelmäßigkeiten vorkommen.

Nach Schluß der Versammlung ist dann eine Kontrollkommission von drei Mann durch die Versammlung zu bestimmen, welche die ausgefüllten Fragebogen einzeln, das Ergebnis der Abstimmung über die einzelnen Anträge zusammenstellt und alsdann das Gesamtresultat in ein eigens hierzu bestimmtes Formular einträgt. Dieses Formular ist dann, nachdem es gewissenhaft ausgefüllt und mit der Unterschrift der drei Kontrollreue versehen ist, bis spätestens acht Tage nach dem 16. Mai an die unterzeichnete Siebener-Kommission einzulenden (§ 28 Abs. 2 des Statuts).

Jedes einzelstehende Mitglied hat den Fragebogen, mit seinem Namen und der Nummer seines Mitgliedsbuchs versehen, an die Stelle, wo ein seine Beiträge entrichtet, bis spätestens den 18. Mai abzugeben, damit von denen die eingelangten Fragebogen zusammen und rechtzeitig an die unterzeichnete Kommission eingeleitet werden können.

Auf der Reise befindliche Mitglieder haben an dem Mitgliedschaftsort abzustimmen, den sie zur Zeit der Urabstimmung gerade berühren, jedoch muß denselben vom Bevollmächtigten dieser Mitgliedschaft im Mitgliedsbuch unter der Rubrik Bemerkungen der Eintrag gemacht werden: „Inhaber hat sich am (Datum) in (Ort) an der außerordentlichen Urabstimmung beteiligt.“ Die Bevollmächtigten haben Namen und Verbandsnummer dieser Reisenden dem Landesverband mitzuteilen (§ 28 Abs. 3 des Statuts).

Die erforderlichen Formulare sowie eine Anzahl Fragebogen werden den Mitgliedschaften rechtzeitig zugestellt und erwarten wir, daß auch die Rücksendung derselben an uns rechtzeitig (also spätestens acht Tage nach dem 16. Mai) erfolgt; desgleichen erwarten wir, daß möglichst alle Mitglieder an der Abstimmung teilnehmen, damit in dem Ergebnis derselben auch der Wille sämtlicher Mitglieder zum Ausdruck kommt.

Stuttgart, den 27. April 1896.

Die Siebener-Kommission für die Urabstimmung.

Adresse: E. Jöhler, Stuttgart-Gesäß, Frauenstr. 21 II.

Anträge.

1. Mitgliedschaft Stuttgart: Eine Erhöhung der Beiträge für männliche Mitglieder darf nur dann stattfinden, wenn im Prinzip mindestens zwei Drittel aller an der Abstimmung beteiligten Mitglieder sich dafür erklären.

2. Soll überhaupt der Beitrag der männlichen Mitglieder erhöht werden?

3. Zu § 7 Abs. 2 beantragt die Mitgliedschaft Hannover: Die Beiträge für männliche Mitglieder von 25 Pf. auf 50 Pf. zu erhöhen.

4. Bielefeld: Männliche Mitglieder auf 35 Pf. zu erhöhen.

5. Stuttgart: Männliche Mitglieder 35 Pf.

6. Duisburg: Ruhrort, Mannheim, Köln und Lübeck: Auf 30 Pf. zu erhöhen.

7. Stuttgart: Weibliche Mitglieder 15 Pf.

8. Mitgliedschaft Augsburg: Mitglieder mit wöchentlichem Verdienst bis 20 Mk. zahlen 25 Pf. Beitrag. Mitglieder mit 21—26 Mk. wöchentlichem Verdienst zahlen 35 Pf. Beitrag. Mitglieder mit 27 Mk. und mehr wöchentlichem Verdienst zahlen 45 Pf. Beitrag. Es sind, um die vorerwähnten Marken benützen zu können, Extramarken von 10 Pf. einzuführen.

9. Die Mitgliedschaft Dortmund beantragt: Entgegengesetzt dem hannoverschen Antrag, eine wöchentliche Extrasteuern von 10 Pf. einzuführen.

10. Mitgliedschaft Stettin: Der wöchentliche Beitrag ist wie bisher zu belassen; jedoch ist auf eine vom Landesverband festzusetzende Zeit eine monatliche Extrasteuern von 50 Pf. einzuführen.

11. Zu § 20 beantragt die Mitgliedschaft Konstantz: Der § 20 des Statuts ist dahin abzuändern, daß anstatt „mindestens 10 Mitglieder“ zu setzen ist: „mindestens 6 Mitglieder.“

12. Zu Art. XI, Unterabteilungen, beantragt die Mitgliedschaft Köln: Die erstmalige Karenzzeit von 26 auf 52 Wochen zu erhöhen und nach dem erstmaligen Bezug von 30 Mk. Unterabteilung eine sechsmonatliche Karenzzeit festzusetzen. Die viererlei Unterabteilung fällt weg und sind die betreffenden §§ 32, 33, 34, 40 und 41 dementsprechend zu ändern.

13. Mitgliedschaft Hamburg: Die Mitgliedschaft Hamburg beantragt die Abhaltung eines außerordentlichen Verbandstags im Anschluß an die Generalversammlung der Zentralfraktion in Bremen.

14. Mitgliedschaft Mannheim: Der Landesverband wird hiermit beantragt, noch in diesem Jahre einen Verbandstag einzuberufen. Hauptaufgabe desselben ist, zu beraten, auf welche Art eine Verbesserung aller der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu erzielen ist. Die Delegierten haben auf ihrer Rückreise im Sinne der gestellten Beschlüsse zu agitieren.

15. Mitgliedschaft Hannover: Die im Januar 1897 stattfindende Urabstimmung fällt aus, und dafür wird im Laufe des nächsten Jahres ein Verbandstag abgehalten. Die Bestimmung wann? ist dem Landesverband und Ausschuss überlassen.

Zum 1. Mai 1896.

Es ist ein Tag geboren Voll blühender Gewalt, Dem haben zugeschworen, Die Wölfer marnisch. Der Arbeit Wölfer zeugen Vom kämpfenden Bruderbund, Der nimmermehr zu beugen Rings auf dem Erdenrund. Karl Bendell.

Kein zweites Fest auf dem weiten Erdenrund hat sich so rasch und selbstbewegend in die Herzen aller Wölfer eingepflanzt, als das Maifest der Arbeit, das jetzt zum siebenten Male seit dem Weltparlament zu Paris 1889 die Proletarier und Freigeistfreunde aller Kulturnationen im Geiste vereint. Die dynastischen und die sogenannten nationalen Feiertage werden durch Diktat und Staatsgewalt angeordnet, und die Wölfer beugen sich diesem Zwange, aber Feste des Volkes sind sie nicht und werden nur zum geringsten Theile als solche empfunden. Die religiösen Festtage haben Jahrtausende zu ihrer Zeiturgelung und Entwicklung bedurft, und diese historische Macht stützt sie neben der Staatsmacht — aber Millionen betrachten sie mit dem Staube des Zweifels an ihrer inneren Wahrheit im Herzen, und nur die Wenigsten bedenken mit brünstiger Berehrung der geschichtlichen oder angeblichen Akte, die ihrer Feier zu Grunde liegen. Anders die internationale Maifest der Proletarier, die weder bekennt, noch uralte historisch begründet, sondern in Wahrheit aus dem Volke heraus geboren ist,

wie der Dichter des Proletariats singt, und sich trotz des energichsten Widerstands der staatlichen und ökonomischen Mächte zu einer wahrhaften Kulturfeier des absehenden neunzehnten und des beginnenden zwanzigsten Jahrhunderts entwickelt hat. Im Zeitalter des elektrischen Funkens braucht die Idee kein Jahrzehnt, sobald sie den überall gleichen Zuständen entspringt; binnen wenigen Jahren hat die Idee des internationalen Arbeiterfestes bei den hervorragendsten Völkern ihren Eingang gehalten, und heute ist das Maifest tiefer denn je begründet und zur weltgeschichtlichen Tatsache geworden, die kein Gegendikt und kein ökonomischer Zwang wieder aus der Welt schaffen kann. Und es ist nicht etwa bloss der Gedanke des müßigen Feierns, des Vergnügens, der wie bei anderen Festen die Massen befeuert — das würde dem Maifest jegliche tiefere Bedeutung rauben, sondern der in die That umgesetzte Gedanke des internationalen Arbeiterfestes, der Völkerschöpfung und der Völkerverbrüderung, der überall an einem Tage, fast zu einer Stunde das arbeitende und kämpfende Proletariat durchsucht und diesem Feste der Arbeit für alle Zeit seinen unverwischbaren Stempel aufprägt. Es ist eine neue Welt von Gedanken, Interessen und Fortschritten, die sich diesen Tag zur großartigsten Demonstration und zur alljährlichen Generalversammlung erwählte, und wie sehr die Herrschenden und Besessenen diese Demonstration fürchten und fürchten, beweist uns die Einstimmigkeit ihrer Stellungnahme und ihr heftiger Widerstand. Sie fürchten die revolutionäre Propaganda der Maifester, sie empfinden die Bestimmung eines Weltfeiertags gegen ihren Willen als einen Eingriff in ihre usurpirten Rechte und scheuen selbst kleine Opfer nicht, um seine Ausbreitung zu verhindern. Aber ihre kleinen Siege zeigen ihnen trotz alledem ihren Nützigkeit deutlich genug, denn von Jahr zu Jahr fluthet es immer stärker heran; immer energischer macht die Arbeiterklasse von ihrem selbsterregenen Rechte des Feierns und der Demonstration Gebrauch, und schon heute erkennen die einseitigen Gegner die Unmöglichkeit jedes ferneren Widerstands und geben ihren Arbeitern den 1. Mai bedingungslos frei.

Aber nicht daran allein erkennen wir die siegende Kraft der Maifestidee, sondern wir prüfen auch den Fortschritt ihrer Propaganda und die Verwirklichung der sie begründenden Forderungen. Ueber die Propaganda haben uns schon die Vorjahre eine erfreuliche Musterung ergeben; die Zustimmungserklärungen einer Reihe von Parteigangenen und vor Allem die wissenschaftliche Vertiefung des Achtstundentags von Seiten des internationalen Kongresses für Demographie zu Buhapest 1894 waren glänzende Zeugnisse für die Wahrheit und Nothwendigkeit der Pariser Arbeiterkämpferforderungen, die alljährlich an einem Tage von Millionen wiederholt und bekräftigt werden. Nicht nur sind sie der Arbeiterklasse in Fleisch und Blut übergegangen, nicht nur haben sie alle Kulturbestrebungen in ihren Banntreifen gezogen, sondern auch die bürgerlichen Erwerbsklassen haben sich allmählig mit denselben vertraut gemacht und suchen sich mit ihnen nach ihrer Weise anzufügen. Und gerade hierin zeigt sich die Wertpropaganda als eine wahre Kulturbestrebung und nicht bloss als eine einseitige Interessenkampagne der Arbeiterklasse, welche vielleicht nie, wenigstens nicht in so kurzer Zeit, die Sympathien aller gebildeten Kreise errungen haben würde. Denn die Forderung des Achtstundentags, die im Mittelpunkt der Maifester steht, ist allerseits als die Forderung der wahren Menschlichkeit, als die Grundlage der gesunden, erheben und vorderehenden Entwicklung des Menschengeschlechts erkannt und für alle Klassen und Stände zur Parole erhoben. Und nichts hat vielleicht in den bürgerlichen Erwerbskreisen und selbst bei der spezifischen Kapitalistenklasse mehr zu ihrer Anerkennung beigetragen, als die Erkenntnis, daß ihre Durchführung ohne wesentliche Beeinträchtigung des bürgerlichen Erwerbs, ja oft mit erheblichen Vorteilen für den Kapitalisten möglich ist.

Freilich enthalten diese wohl begründeten Sympathien bürgerlicher Parteien und kapitalistischer Kreise auch manche erhebliche Gefahren für die Arbeiterklasse in propagandistischer wie in praktischer Hinsicht. Denn in dem Maße, als sich das Bürgerthum dieser Kulturbestrebungen nach seinem Interesse bemächtigt, muß sich die Bewegung verflachen, und wir haben ihre Wirkung schon in den Vorjahren bei der interessanten

Beobachtung, daß diese der Arbeiterschulprobanda freundlich gesinnte Kreise allmählig die Forderung des achtstündigen Normalarbeitstags in die des Maximalarbeitstags umgewandelt haben und den letzteren nach ihrer Weise passivieren, indem sie besonders für ununterbrochenen Betrieb mit drei Achtstundenschichten oder für achtstündige Schichten mit minimalen Zwischenpausen schwärmen und auf diese Weise den Arbeitern die Kosten der ganzen Reform und ihrer eigenen Vorteile aufbürden. Und die praktische Wirkung zeigt uns die Einführung solcher Achtstundentriebe nur zu Genüge darin, daß die Arbeiter in der verkürzten Schicht mehr Arbeitskraft verausgaben und dem Unternehmer einen größeren Profit zufuhren, als vorher bei längerer Arbeitszeit. Das bedeutet eine völlige Preisgabe der Hoffnungen, durch die Arbeitseiferverfälschung der Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken und den Unglücklichen auf der Landstraße und in den Herbergen Arbeit und Auskommen zu sichern, und beweist uns zugleich, daß selbst mit der gesetzlichen Durchführung des Achtstundentags und der übrigen Arbeiterschulforderungen das Programm dieser großen Kulturbewegung nicht erschöpft sein kann. Welcher erkennen wir daraus immer klarer die Nothwendigkeit, durch Erringung der politischen Macht auf dem Wege des sozialdemokratischen Programms die gleichen Rechte Aller und die Aufhebung des kapitalistischen Frohnjochs zu reklamieren. In gleichem Maße aber, als uns diese Erkenntnis aus den wirtschaftlichen Kämpfen um die Arbeiterschulforderungen entgegentauchte, wirkt die Maidemonstration und die Gewerkschaftsbewegung erzieherisch in den Arbeitermassen und stählt sie zu klassenbewußten und zielbewußten Kämpfen für die gänzliche Befreiung aller Unterdrückten.

Die praktischen Fortschritte der Maidemonstration treten uns besonders jetzt und vielleicht noch mehr im nächsten Jahre erkennbar entgegen. Zunächst zeigt die Arbeiterklasse überall im gewerkschaftlichen Lohnkampf die Arbeitseiferverfälschung und der entsprechenden Lohnverhöhung durch und ebnet damit den gesetzlichen Schutzmaßnahmen die Wege. Jede gewerkschaftliche Errungenschaft ist ein Stück Grundlage des gesetzlichen Arbeiterschutzes, und mit Recht bezeichnet man die Gewerkschaften als die Pioniere der Reformen, denn ohne deren Kämpfe macht das Unternehmertum keine Zugeständnisse und die Gefeggebung hintz fast stets hinter dem wirklichen Fortschritt einher und verollständigt denselben höchstens zu überall gleicher Geltung. So haben die fortgeschrittensten Verufe in den Großstädten und Industriegebieten bereits den Neunstundentag, vereinzelt sogar den achtstundentägigen Arbeitstag durchgeföhrt, während andere den Zehnstundentag errangen und damit dem nächsten Arbeiterschulfeffekt den Boden bereiteten.

Die Einmütigkeit und Kampfesfreudigkeit, die momentan die ganze Gewerkschaftsbewegung erfüllt, geben dem Maifeste der Arbeit diesmal eine ganz besondere Weiße, die sich nicht bloss an der inneren Begeisterung der Theilnahme, sondern auch an der äußeren Beteiligung durch Ruhenlassen der Arbeit und Mitwirkung an der öffentlichen Demonstration betunden wird. Sind doch einzig und allein die Gewerkschaften für die wahre und würdige Feier der Maidemonstration, die dem Pariser Arbeiterschulkongress vor Allem im Sinne lag, der maßgebende Faktor, da nur sie das Risiko der Arbeitsruhe in seinem vollen Umfang übersehen und abwägen können und sie im Maßregelungsfalle auch die Folgen dafür zuerst zu tragen haben. Und so werden die Gewerkschaften auch von Jahr zu Jahr immer mehr die leitende Seele der Maidemonstration bilden, ohne daß dadurch die letztere an ihrer Volkstümlichkeit und ihrem Umfang verlore, da gerade die wirtschaftlichen Kampfesorganisationen, so lange die Demonstration noch Kämpfe kostet, ihr Rückgrat bilden müssen und sie auch berufen sind, die Demonstration durch größte Oeffentlichkeit zur wahrhaft volkstümlichen zu gestalten.

Aber auch auf dem Gebiete der Arbeiterschulreform machen sich deutliche Fortschritte bemerkbar. Der Nachdruck der öffentlichen Meinung hat die Reichsgesetzgebung gezwungen, dem Maximalarbeitstags in den Bäckereien und Konditoreien Eingang zu verschaffen. Für Buchbindereien und Schriftgießereien sind jüngst die längstverwarteten sanitären Schutzbestimmungen erlassen, und immer neue Aufgaben treten in das Stadium der aktuellen Tagespolitik und heißen gebieterisch ihre Lösung

behebung der Bewegung, besonders in der Luruspapierindustrie, wird eine ungeachtete Masse Arbeiterinnen beteiligt sein.

Im Besonderen erörtert Kollege Dietrich auf Anfragen die Ursachen und den Stand des Streiks in der Mitternachtsfabrik in Nürnberg. Besonders hebt Redner, unter fortwährendem Beifall der Versammlung, das einige feste Zusammenhalten der Arbeiterinnen hervor. Halten die Streikenden treu wie bisher zusammen, so müsse der Sieg unser werden. Auf Antrag wird der Verbandskasse aus der hiesigen Lokalkasse zu Gunsten der Streikenden 100 Mark bewilligt. Schluß der Versammlung 12 Uhr.

Kaiserlautern. Am 18. April hielten wir eine Hauptversammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Wahl eines Vorstehers; 2. Wahl eines Schriftführers; 3. Wahl zweier Delegierten zum Gewerkschaftskomitee; 4. Antrag Hannover; 5. Bericht des Delegierten zur Gewerkschaftskommission; 6. Verschiedenes. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Kalberer einstimmig gewählt, zum Schriftführer Friedrich, als Delegierte zum Gewerkschaftskomitee Langrock und Schmelzer. Ueber den Antrag Hannover gab es eine lebhafte Debatte. Kollege Kalberer erwidert zuerst das Wort; er schilderte die Lage der Buchbinder im Allgemeinen und die hiesigen Verhältnisse, und glaubte, daß für unsere Verhältnisse sowie auch für alle Provinzialstädte diese Erhöhung durchaus unaufrührbar sei, sie würde das Fortbestehen unseres Verbandes sehr in Frage stellen. Kollege Huber ist der Ansicht, daß man noch auf 30 Pfg. gehen könne und ist mit den sonstigen Ausführungen des Vortrags einverstanden. Nach weiterer Debatte ging folgende Resolution ein: „Die heute hier tagende Versammlung erklärt sich mit den zwei Vorträgen einverstanden, in Ermüdung, daß unser Verband weiter zu existieren in Frage kommen würde; sie könnten eventuell für eine Erhöhung von 25 Pfg. auf 30 Pfg. einwilligen und erwartet im Interesse des Verbandes, daß der Antrag Hannover abgelehnt wird.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Ferner ließ noch ein Antrag ein, daß unsere Mitgliedschaft dem Antrag der Mannheimer Kollegen zur Unterbrechung sich sympathisch zeigt.

Ueber die Gewerkschaftskommission berichtet Kollege Kalberer: Der bisherige Vertrauensmann der Gewerkschaftskommission, Holz, ist der Ansicht, daß leider die Kommission nicht viel leisten konnte. Holz führte aus, daß die Delegierten die Sitzungen schlecht besuchten und daß aus diesem Grunde von einem ersprießlichen Wirken und einem Erfolg nicht geteilt werden kann. Herr Klement (Stadtrath) bemerkte dazu, daß in der Gewerkschaftskommission zu sehr das Persönliche hervortrete. Diese persönlichen Streitigkeiten müßten ausgemerzt und mehr die einlaufenden Anträge behandelt werden. Die Aufgabe der Kommission sei, praktische Agitation für die Gewerkschaftsbewegung zu betreiben, wenn sie das thue, werden auch die persönlichen Streitigkeiten bald aufhören. Nach diesen Ausführungen meldeten sich aber sofort andere Herren zum Wort, bei deren Ausführungen man merkte, wie schwer es Einzelnen bekam, das Persönliche außer Acht zu lassen. Kassenbestand ist 16 Mk. Bei der Wahl eines Vertrauensmannes habe Holz erklärt, daß er letztes Jahr im November auf ein Jahr gewählt worden sei, er habe aber das Vertrauen nicht, indem verschiedene Gewerkschaften dem Delegierten der Buchbinder aufgaben, daß er die Kasse nochmal revidieren lassen solle, auch sonst bringen ihm die Mitteilungen entgegen. (Die zwei letzten Revidenten des Gewerkschaftskomitees hatten nämlich nur die Kasse auf Papier gesehen, in klingender Münze aber nicht, deshalb wurde verlangt nachzuforschen.) Als Vertrauensmann wurde hierauf wieder der frühere, Peter Wolf, gewählt. Zum Schluß kam noch der Brauerstreit in Speyer zur Debatte und wurde dann der Boykott über zwölf hiesige Wirtschaften verhängt, welche Bier von dort führen; es sind diese: Weiße Laterne; Grüne Laterne; Zum wilden Jäger; Spaner; Weißstrasse; zum Löwen; Vierpott am Dambweier; Kaiserhof; Oheim; Parfiterstraße; zum Hecht; Jakobslust; Fauler Pelz und Römerhalle. Der Boykott wurde einstimmig angenommen und eine Kommission gewählt, die sich mit den Speyerer Brauereiarbeitern in Verbindung zu setzen hat. Dieser Bericht des Delegierten fand Zustimmung.

Frankfurt a. M. Am 18. April hielten wir unsere Generalversammlung ab. Kollege Schaumburg berichtete über den Stand und die Tätigkeit der Mitgliedschaft im ersten Quartal dieses Jahres, woraus wir ersehen, daß 18 neue Mitglieder eingetreten sind, darunter 4 weibliche; zugereist sind 4, abgereist 14, wegen Resten gestrichen 6; Bestand 93 Mitglieder. Eine Erhöhung der Mitgliedszahl sei trotz der 18 Eingetretenen nicht zu verzeichnen. Den Kassenbericht gibt Kollege Gietel. Nach diesem Bericht waren die Gesamtentnahmen 216,95 Mk., die Ausgaben 56,65 Mk., an die Verbandskasse sind abgegangen 161,30 Mk. — Der Arbeitsnachweis hatte diesmal ein besseres Ergebnis als bisher. Arbeitslos meldeten sich 25 Kollegen; Stellen waren 21 angemeldet, wovon 13 besetzt wurden. Die Verwaltung des Arbeitsnachweises wurde wieder gewählt, und als Revidenten die Kollegen Haffeler und Grotzsch. Beim Punkt 4 bittet der Vorsitzende die Kollegen, sich vielleicht in Form einer Resolution dahin auszusprechen, wie sie sich der diesjährigen Waise gegenüber stellen wollen. Kollege Grotzsch trug daraufhin eine Resolution ein, in welcher es unter Anderem heißt, diejenigen Kollegen, welchen es nicht ermöglicht ist, den 1. Mai festlich zu begehen, sollen von ihrem Lohn 1 Mk. opfern, was lediglich hinsichtlich zu einer lebhaften Diskussion führte. Die meisten Redner vertraten sich entschieden gegen einen derartigen Zwang; jedem selbstbewußten und aufgesetzten Kollegen gericht es von selbst zur Pflicht, fest es in seiner Macht, die Arbeit an diesem Tage ruhen zu lassen, ist es ihm nicht möglich, so wird er gern einen Teil seines Tagesverdienstes mitgeben. Einen

Zwang ausüben dürfen und wollen wir nicht; nur solche, die aus Ueberzeugung und freiwillig geben, können wir achten, aber ein solcher Druck bedingt das Aufgeklärte Pflichtgefühl. Es werden gerade genug Anforderungen an diejenigen gestellt, welche in der Bewegung stehen, diese werden auch, so oft es geschieht, gern geben. Kollege Grotzsch zieht hierauf diesen Antrag zurück. Beschlossen wurde, die Feiern des 1. Mai möglichst durch Arbeiterruhe zu begehen. Kollege Schaumburg schlägt unter Verschiedenen vor, da die Versammlung gut besetzt ist, gleich die Abstimmung betreffs Erhöhung der Beiträge vorzunehmen. War die Beschäftigung schon bei der vorhergehenden Debatte eine rege, so plauderten die Gemüther hier erst recht auf-inander. Für eine Erhöhung der Beiträge auf 50 Pfg. tritt nur Kollege Wirtzberger ein. Als Begründung führt er an, was z. B. die Buchdrucker, Wildbauer u. f. w. an Beiträgen leisten, wollte man etwas Nächstes unternehmen, so sei diese Erhöhung notwendig. Hierauf wird ihm erwidert, daß die Buchdrucker, welche zwar dreimal so viel als den bei uns beantragten Satz an Beiträgen leisten, dafür auch einen Kranken-, Alters- und Ruheunterstützung genießen. Uebrigens sind auch dieselben, was Lohnverhältnisse anbetrifft, bedeutend besser gestellt. Einige treten für die Erhöhung auf 30 Pfg. ein, aber auch das findet keinen rechten Anklang. Da viele Worte zu seinem Resultat führten, so beantragte Kollege Busch Schluß der Debatte, was auch durchgeführt, worauf folgende Resolution gegen 5 Stimmen angenommen wird: „Die heutige Generalversammlung spricht sich gegen jede Erhöhung der Mitgliederbeiträge aus.“ — Als am letzten Verbandstage die Beiträge mit der Begründung, daß nun auch eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt würde, auf 25 Pfg. erhöht wurden, sagte man, daß es das höchste Maß wäre, welches nicht überschritten werden dürfe. (Der Verbandstag hat das nicht ausgesprochen. D. Red.) Darum werden und müssen wir uns entschieden gegen eine solche Erhöhung verhalten, sollen nicht bedeutende Lücken in unseren Verband einreißen. Der Antrag der Mitgliedschaft Mannheim wurde vertagt. Daß unser Verhalten durchaus gerechtfertigt ist, bewies uns Kollege Uhrig, indem er einen Antrag stellte, in welchem er wünschte, daß § 32 unseres Statuts dahin abgeändert werden sollte, daß diejenigen Mitglieder, welche arbeitslos werden und nur 23 Wochen bezahlt haben, also noch nicht unterstützungsberechtigt sind, Unterstützung bekommen, wozu die noch fehlenden Beiträge abgezogen werden sollen. Es wurde ihm selbstverständlich erwidert, daß wir kein Unterstützungsverein wären. Da der Antragsteller sich, daß er keinen Anklang fand, zog er seinen Antrag zurück.

Offenbach a. M. Eine öffentliche Versammlung von Seiten der hiesigen Mitgliedschaft fand am 30. März im Saalbau zum Darmstädter Hof statt. Auf der Tagesordnung stand: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter mit besonderer Berücksichtigung derselben in der Vorkriegszeit.“ Das Referat hatte Herr E. Graf aus Frankfurt übernommen. In geschäftiger Weise führte Redner den Verfall der Lage vor Augen, er richtete die Mahnung an sie, die Interessentlosigkeit abzuwischen. Die Lage der Vorkriegszeit könnte die beste sein, denn bisher sei es der modernen Technik nicht gelungen, Maschinen in ihrem Energiegang zu verfahren. Trotzdem seien Löhne von 10—12 Mark nichts Seltenes und 14—16hündigen Arbeitstagen sei betriebe eine allgemeine. Nur durch einseitiges Vorgehen sei es möglich, bessere Verhältnisse zu schaffen und höhere Löhne und längere Arbeitszeit zu erringen. Redner betonte, daß die hohe kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften eine unabsehbar große ist, und eine fruchtigste und erzieherische Organisation erbeuge die Selbstständigkeit eines jeden ihr angehörenden Mitgliedes, daher sei es Pflicht eines jeden, einer Organisation anzugehören. Mit diesem Mahnruf schloß der Referent seinen 1 1/2stündigen, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Am Laufe der sich nun lebhaft entwickelnden Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, erkennt die hohe kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften an, sieht ein, daß es nur einer fruchtigen Organisation möglich ist, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen und erklärt sich bereit, wann für Mann in den Verband der Buchbinder, Vorkriegszeit u. f. w. einzutreten und die Pflicht für die Interessen derselben zu agieren.“

Nachdem noch von mehreren Rednern verschiedene Uebelstände im Gewerbe beleuchtet und die Konsequenzen aufgeführt wurden, ihr durch einstimmige Annahme der Resolution gegebenes Versprechen nicht zu verpassen und ihr Manneswort zu halten, schloß der Vorsitzende Kollege Schmitt mit einem Hoch auf das Wohl und Gedeihen des Verbandes am halb 12 Uhr die ziemlich gut besuchte Versammlung.

Darmstadt. Unsere am 25. April stattgefundene Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Antrag Hannover, betreffend die Beitragserhöhung. Ueber diesen Punkt entspann sich eine sehr lebhafte Diskussion. Alle Redner waren darin einig, daß für den Fall einer Bewegung ein Fonds vorhanden sein müsse, um damit einmüßigen einen Rückhalt zu haben; deshalb sei eine Beitragserhöhung notwendig, jedoch nicht in dem Maße, wie der von Hannover gestellte Antrag es will. Zur Begründung wurde angeführt, daß es viele Kollegen, hauptsächlich in den kleineren Städten, wo die Löhne nicht mehr als 12—15 Mk. ohne Kost und Logis, oder mit Kost und Logis 3 bis höchstens 7 Mk. betragen, schon jetzt oft schwer fällt, mit ihren Beiträgen auf dem Laufenden zu bleiben. Diesen Kollegen nun wird eine Erhöhung der Beiträge um 100 Prozent auf so hoch erscheinen, eine große Anzahl der Mitglieder wird abdrängen werden, und was der Ver-

band in finanzieller Beziehung gewinnen könnte, wird auf diese Art wieder verloren gehen. Die hiesigen Mitglieder sind der Meinung, daß auf diese Weise nichts Einseitiges erzielt werden kann und können sich in Folge dessen mit dem Antrag Hannover nicht einverstanden erklären. Ein einzelner Antrag, welcher besagt, den Beitrag auf 30 Pfg. zu erhöhen, wurde von 20 anwesenden Mitgliedern einstimmig angenommen. — Den Mitgliedern sei noch ans Herz gelegt, die Versammlungen recht zahlreich zu besuchen, hauptsächlich aber sich an den Debatten rege zu beteiligen.

NB. Die hiesigen Kollegen werden sich am 1. Mai Abends 8 Uhr im Versammlungsort einfinden, um gemeinschaftlich an der Waise, welche im „Schühlenhof“ stattfindet, teilzunehmen.

Brandenburg. Nach vieler Mühe ist es auch hier gelungen eine Zastelle zu gründen. Volklied der Kollegen steht uns noch feindselig gegenüber. Trotzdem Anfang bis auf zwei alle ihren Beitritt zugesagt, nehmen viele ihre Mitgliedschaft nicht in Empfang; wir könnten gut 16 Mitglieder sein, sind aber jetzt leider nur 10, hoffen aber durch rege Agitation noch einen Teil der Fernstehenden zu gewinnen. Da schon zwei Mal hier Zastellen waren, die noch und nach jedoch wieder von der Mitgliedschaft verschwand, sind die älteren Kollegen misstrauisch geworden, daß sie sich gar nicht beehren lassen wollen und immer behaupten, in Brandenburg könne doch nie etwas werden. Wenn diese Herren doch nur selbst Beitritt wollten, dann wäre ja der beste Beweis erbracht, daß es doch was werden kann, aber sie stehen lieber auf der Seite und sehen zu, um bei jeder Gelegenheit einem zuzurufen: „Sagte ich es nicht gleich, es hat doch keinen Zweck!“ Dieselben können aber wollen es nicht einsehen, daß gerade sie diejenigen sind, die es hindern. Doch ich hoffe, daß wir den Kollegen beweisen werden, daß endlich doch die Sache Bestand hält. — Was jetzt sind wir noch nicht zur Agitation an unsere Kolleginnen herangetreten, da wir erst selbst organisiert sein wollen, doch jetzt werden wir anfangen und hoffentlich wird unsere Arbeit nicht vergehen sein.

Wie notwendig es auch die Brandenburger haben, sich endlich zu ermannen, erteilt sich aus Folgendem von selbst.

Da ist Herr Wedepohl; derselbe beschäftigt einen Gehilfen, nachdem er bei ihm gelernt hat, 27 Jahre; mit der Zeit wurde der betreffende Gehilfe alt, zuletzt auch krank, und siehe da: zu alt und zu schwach, um noch länger durch die Ausübung seiner Arbeitskraft Nutzen zu ziehen, wurde er entlassen. Er hatte ja auch genug verdient, um seine alten Tage ohne Arbeit zu beschließen, 13 Mk. die Woche, wozu auch noch der Sonntagsvormittag gehörte; kam er da nicht, so wurde ein Abzug gemacht. — Herr Weiß hat einen Gehilfen und der ist juristisch. Wie anders auch, ist er doch Mitglied vom Evangelischen Jünglingsverein! Für den hat es keinen Zweck, dem Verband beizutreten, verdient er doch nach eigener Angabe 17,25 in einer Woche. Auf meine Frage, wie das denn kommt, da ich auf unterrichtet bin und weiß, daß er nur 12 Mk. Wochenlohn hat, sagt er: Um 6 Uhr Morgens würde angefangen und eine (?) Ueberzahlung gemacht bis 7 Uhr. Sonntags würde mit polizeilicher Erlaubnis (?) auch gearbeitet; um 7 sollte angefangen werden, es wurde aber erst um 8 Uhr angefangen und bis 1 Uhr gearbeitet, dafür wurde aber auch 1 Mk. berechnet! Auf meine Ermahnung, sich doch nicht so furchtbar ausbeuten zu lassen, erwiderte der Braue: Ich wollte, ich hätte es jeden Sonntag so, ob ich zu Hause sitze und nichts thue, oder ob ich nach der Werkstätte gehe und arbeite, ist mir eins, und wenn ich Vormittag eine Mark verdiene, so habe ich für Nachmittag so ziemlich meine Sache. — 18 Mk. Lohn haben nur Wenige, dann abwärts 17, 16 bis 12 Mk. wochentlich. Die Kleinmeister beschäftigen aber die Mehrzahl auch nur während der besten Geschäftszeit, viele sind noch gezwungen, einen großen Teil des Jahres die Landstraße zu bewältigen und können froh sein, wenn sie nicht noch unwillkürlich Unterhalt im Staatspensionat erhalten, denn Arbeitsmangel kennen unsere Herren Staatsamtsleute nicht, nur arbeitslose Landstreicher, die unschädlich gemacht werden müssen.

Auf Kollegen Brandenburgs! Tretet auch Ihr ein in den Kampf um ein menschenwürdiges Dasein; glaubt nicht, Ihr habt es nicht nötig, denn traurig und verwerflich ist auch eure Lage. Wenn es aber noch einmüßigen geht, der darf aber auch nicht zurückbleiben; tretet auch Ihr auf eure Forderungen und verteidigt eure glücklichere Lage, denn wer steht dafür, Ihr nicht daraus verdrängt werdet durch Arbeitslose und um jeden Preis sich anbietende Kulis. Tragt deshalb mit dazu bei, daß es im Allgemeinen besser wird, denn

Rein Himmel wird das Heil uns senken, Es fällt uns kein Gottes Schooß; Die Weltschmerz muß mit eignen Händen Erringen sich ein besseres Loos; L.

Altona. Eine öffentliche Versammlung der Buchbinder, Kartonnagen u. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen von Altona-Dümen fand am Sonnabend den 18. April bei Wallis hier statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die Lage der im gewerblichen Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, Referent E. Hüger; 2. Diskussion. — Referent E. Hüger schilderte zunächst die Lohnverhältnisse im gewerblichen Gewerbe, daß gerade die Arbeiterinnen die größte Ausnützungsmöglichkeit für den Kapitalisten seien. Arbeiterinnen werden mit einem Lohn von 5 bis 10 Mk. abgefertigt, über 10 Mk. sind als große Ausnahmen zu bezeichnen. Ebenso dieses es auch mit dem männlichen gelernten Arbeiter, diesem werde ein Lohn von 15 bis 18 Mk. geboten. Der Kapitalist ihr Ideal besteht überhaupt darin, recht billige weibliche Arbeitskräfte und Maschinen zu haben. Durch die Ueberproduktion an weiblichen Arbeitskräften sind die männlichen Arbeiter

zurückgelehrt und geschädigt. Gerade im gewerblichen Berufe hat die Ueberproduktion der weiblichen Arbeitskräfte einen bedeutenden Ausschlag zu verzeichnen und werden die männlichen Arbeiter immer mehr auf's Blaue getroffen. Ferner führte Redner den Streit der Schneider und Schneiderinnen an, wie diese gemeinsam in den Streit getreten, um gemeinsam ihre schlechte Lage zu verbessern. Redner ging dann zu der Buchdrucker-Bewegung über; er meint, daß die Buchdrucker jedenfalls hier in nächster Zeit in eine Bewegung eintreten werden. Die neuesten Nachrichten aus Leipzig belagen, daß ein großer Teil der Prinzipale ihren Gehilfen die neunhündigen Arbeitszeiten und auch eine Lohnerhöhung bewilligt haben. Diesen Fortschritt haben die Gehilfen nur ihrer festen Organisation zu verdanken. Der Prozentang der Organisten zu den Nichtorganisten stellt sich bei den Buchdruckern auf 75 Prozent, Buchbindern 40 Prozent, Steinbildnern 40 Prozent, Hilfsarbeitern 30 Prozent. Redner betonte, daß gerade unter den Hilfsarbeitern noch recht viel zu thun ist, um sie einer Organisation zuzuführen; er empfiehlt den Arbeiterinnen, daß sie nicht gleich denken sollen, wenn sie in den Verein getreten seien, auch gleich zu ernten. Dieses wäre ein ganz verfehlter Gedanke, erst durch den festen Anschlag an eine Organisation würden sie zu den Früchten kommen. Die meisten Arbeiterinnen gingen mit dem Gedanken um, sie brauchen sich nicht der Organisation anzuschließen, weil sie in den Stand der heiligen Ehe eingetreten gedenken, jedoch wenn sie erst verheiratet wären und die Familie sich nach Jahren vergrößert hätte und auch durch die kapitalistische Profitwut der Mann schließlich auf's Blaue getroffen wird, dann ist doch die Frau gezwungen, den Fabrikort wieder aufzusuchen, um so viel zu verdienen, daß sie sich und ihrer Familie den Hunger stillen kann. Es ist auch nicht jeder Arbeiterin die Gelegenheit gegeben, in den Stand der Ehe einzutreten, denn der männliche Arbeiter befindet sich unter diesen Verhältnissen vielfach nicht in der Lage, eine Familie ordentlich und standesgemäß ernähren zu können. Redner empfahl zum Schluß Allen, treu und fest ihrer Organisation zur Seite zu stehen, ebenfalls für Abschaffung der Leberarbeit besorgt zu sein und dahin zu streben, so viel wie möglich bei gleichem Lohn die Arbeitszeit zu verkürzen, auch für Bezahlung der Feiertage einzutreten.

Der Vorsitzende betont noch in kurzen Worten den Zweck und Nutzen der Organisation, und zum Schluß wurde folgende Resolution mit Majorität angenommen:

„Die heutige im Lokale des Herrn Wallisch tagende öffentliche Versammlung der Buchbinder, Kartonnagen u. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten völlig einverstanden und verpflichtet sich, im Sinne des Redners mit allen Kräften für die Organisation des Verbandes der Buchbinder einzutreten.“

In Ermüdung, daß die gewerkschaftliche Organisation der Buchbinder u. c. geeignet ist, eine Linderung des heute herrschenden Elends durch Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohns und Verbesserung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen, so erklären sich die Versammelten bereit, hier in Altona bestehende Gewerkschaftsorganisation für die Ausbreitung nach Kräften zu unterstützen.“

Zum zweiten Punkt, Diskussion, führte Kollege Neuf aus, daß es wohl an der Zeit wäre, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen sich zusammenfassen, um gemeinsam für ihre Rechte einzutreten, wenn die Kapitalmacht sich zusammenschließt, wie es in Rotterdam der Fall gewesen ist, daß sie einen Ring gebildet haben. Den Arbeitern ist es wohl nicht zu verargen, wenn sie sich aufrufen, um der Ausbeutung entgegenzutreten.

Hierauf theilte Kollege Neuf den Beschluß von über tausend Tischlermeistern in Berlin mit, in Bezug auf die Lohnvergebung die Weibsbinder aufzufordern, einen zehnprozentigen Ausschlag für die Produktion der Tischlerei zu begehren und den Reunfundentag einzuführen. Ebenfalls schildert Redner die traurige Lage der Kasseverleerinnen. Hierauf erfolgt Schluß der Versammlung.

Altona. Am Sonnabend den 25. April wurde eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung abgehalten: 1. Stellung zu dem Antrag Hannover, Erhöhung der Beiträge von 25 auf 50 Pfg. für männliche Mitglieder, 2. die Buchdruckerbewegung, 3. Wahl eines Schriftführers, 4. Innere Vereinsangelegenheiten, 5. Fragelasten. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung entspann sich eine lebhafte Debatte. Kollege Hüger trat warm für den Antrag Hannover ein, besahe doch dieser Antrag einen Schritt vorwärts. Nachdem sich noch verschiedene Redner gegen die Durchführbarkeit des Antrages ausgesprochen hatten, gelangte folgende von Kollegen Neuf gestellte Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die Mitgliedschaft Altona hält es vorläufig für verfehlt, den Beitrag auf 50 Pfg. zu erhöhen, ersucht jedoch den Verbandsvorstand, baldigsten einen Verbandsstag, im Anschluß an die Generalversammlung der Kartonnagen in Bremen, einberufen zu wollen, wozu sich dieses zu einem Teil der Verband förderlichen Beschluß zu bringen sei.“ (Der Antrag, im Anschluß an die Generalversammlung der Zentral-Krankenkasse einen Verbandstag abzuhalten, ist weder für den Verband, noch für die Zentral-Krankenkasse bei Annahme von Vorteil. Es wäre eher zu wünschen, daß statt der nächsten Urabstimmung ein Verbandstag abgehalten wird. Die Redaktion.)

Der zweite Punkt wurde auf Antrag bis zur nächsten Versammlung vertagt. Da der bisherige Schriftführer nicht mehr gewillt war, sein Amt weiter zu bekleiden, wurde Kollege Hüger einstimmig zum Schriftführer gewählt, was derselbe auch annahm. Nachdem noch einige innere Vereinsangelegenheiten, sowie Fragelasten erledigt war, fand Schluß

